

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Keine Gutsherrenzustände bei der Volksbank Ludwigsburg !

SOLIDARITÄT mit der Betriebsratsvorsitzenden A. WIDZINSKI

Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische Ver.di“ lehnt das Vorgehen des Vorstandes der Volksbank Ludwigsburg gegen die Betriebsrätin A. Widzinski entschieden ab, und spricht ihr, dem Betriebsrat und den KollegInnen die volle Solidarität aus.

Die Vorgehensweisen des durch die Lokalpresse bekannt gewordenen Zustandes seitens des Vorstandes steht in krassem Widerspruch zum geltenden Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG)

Hier nur einige Anmerkungen:

Nach § 2 , 1-3 des BetrVG haben der Arbeitgeber und der Betriebsrat , zusammen mit den Arbeitgebervereinigungen und der Gewerkschaft zum Wohle der Arbeitnehmer und Betrieb zusammenzuwirken; dieses schließt zudem Fragen der Tarifverträge mit ein !

- Es ist nicht nachvollziehbar , dass „persönliche“ Vorlieben und Abneigungen des Vorstandes dem nachgehen dieser Anliegen dem entgegenstehen sollen.

So ist nach § 74, 2 es gerade und auch ein Tätigkeitsfeld eines engagierten Betriebsrates tarifpolitische Angelegenheiten, die den Betrieb betreffen behandeln zu können.

- Somit hat ein Betriebsrat das Recht, seine angestellten in diesen Punkten zu befragen, oder aber

Nach § 45 diese zum Thema einer Betriebsversammlung zu machen (Verweis auf § 74, 2).

Um nach § 87, 10 seine Mitbestimmungsrechte in Anspruch nehmen zu können, stellt eine Umfrage, betriebsintern unter den MitarbeiterInnen, eine legitime Handlung dar, die weder dem Betriebsfrieden noch geltenden Gesetzen widersprechen , sondern eine kostengünstige und harmlose Art einer Meinungsbildfindung ist.

Wie ebenfalls aus der aktuellen Presse bekannt ist, haben die meisten Stadtverwaltungen mit den entsprechenden Personalräten, Verhandlungen , Beratungen und Umfragen durchgeführt um die Leistungsentgeltbestandteile des TVöD auszuloten und zu verhandeln. Das müssen sie auch bis Mitte des Jahres getätigt haben , da sonst andere Regelungen bestand haben. Dort ist wohl niemand gegen seinen Personalrat vor Gericht gegangen.

Verwunderlich ist ebenfalls , dass mit diffamierenden und letztendlich nicht haltbaren Anschuldigungen des Vorstandes vorgegangen wird , die einzig und alleine die Absicht haben , nicht zu Betriebsfrieden und tariflichen Regelungen beizutragen.

Da irritiert es zudem , dass bisher wohl keine Einigungsstelle (§ 76) angerufen wurde , sondern gleich vor Gericht gezogen wird , obwohl im Vorfeld von Arbeitnehmervertretern und verschiedenen Stellen auf eine gütliche Vereinbarung gedrängt wurde .

Das „Netzwerk“ stellt fest:

Betriebsräte und Gewerkschaften haben in unserer Gesellschaft wenig zu sagen. Aber selbst die wenigen erkämpften Rechte und Schutzvorschriften fallen immer mehr der Unternehmerwillkür zum Opfer.

Wir fordern, dass der Vorstand sein Ansinnen auf Amtsenthebung aufgibt und auf Grund der Rechtsbasis sachpolitisch und themenbezogen die betrieblichen Angelegenheiten von nahezu 400 Angestellten zum Wohle aller behandelt und „persönliche“ Angelegenheiten nicht über den Betrieb austrägt.

Das Nächste Netzwerktreffen findet am : 4.4.2007 um 18.00 Uhr in der Kellerschenke Stuttgart, DGB-Haus an der B 27a statt.